

# Andere Länder, anderer Protest



Foto: argus/Fred Dott



*Große Proteste wie 2007 gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm sind in Deutschland selten geworden*

In Deutschland haben Friedensbewegung und breite Anti-Atom-Proteste unter anderem zur Gründung der Grünen Partei geführt, die es beim Marsch durch die Institutionen bis zur (Ex-) Regierungspartei gebracht hat. Protestierende in anderen Ländern wie zum Beispiel in Indien und Russland müssen notgedrungen zu anderen Mitteln greifen.

Nach den 80er Jahren sind große Protestbewegungen in Deutschland selten geworden, abgesehen von den Protesten gegen den Irakkrieg, der sich nicht gegen die eigene Regierung richtete und den farbenfrohen G8-Protesten durch mecklenburgische Rapsfelder im vergangenen Jahr. Umweltbelange etwa werden vornehmlich durch Nichtregierungsorganisationen vertreten, die oft hohe Sachkenntnisse, aber nur sehr begrenzte Mobilisierungsfähigkeit haben. Der Protest ist institutionalisiert. Das mag auch daran liegen, dass die Gesetzeslage Betroffenen in vielen Fällen die Möglichkeit bietet, sich mit legalen Mitteln zu wehren. Das ist bei weitem nicht überall so. Notgedrungen greifen deshalb Betroffene wie auch Bewegungen und Organisationen in anderen Ländern zu ganz anderen Mitteln.

#### Indien: Alle Register gegen die Fluten ziehen

Zum Beispiel in Indien, wo der massive Ausbau der Wasserkraft zu einer breiten Anti-Staudamm-Bewegung geführt hat. Im Narmadatal etwa wehrt sich seit 30 Jahren die ‚Narmada Bachao Andolan‘ (NBA), die ‚Rettet die Narmada Bewegung‘, gegen neue Staudämme, die kleine Subsistenzbauern von ihrem fruchtbaren Boden in eine ungewisse Zukunft vertreiben. Zwar haben in Indien die Menschen, die ihr Land verlassen müssen, um etwa einem Staudamm zu weichen, Anrecht auf Ersatzland. Dieses steht jedoch meist nicht zur Verfügung und wenn Ausgleichsland angeboten wird, hat es deutlich schlechtere Qualität, die nicht ausreicht, um die Familien zu ernähren. Deshalb besetzen die Betroffenen Baustellen über mehrere Wochen, lassen sich bei der Räumung verhaften und haben auch schon spontan das Gefängnis besetzt, wenn sie freigelassen werden sollten, ohne dass auf ihre Forderungen eingegangen wurde.

Und sie setzen immer wieder ihr Leben aufs Spiel. Sowohl durch Hungerstreiks als auch durch Ausharren im Überflutungsgebiet, wie das Beispiel Omkareshwar zeigt: Für den Bau dieses 520 MW Wasserkraftwerkes an der Narmada erhielt die Firma Voith Siemens 2003 den Auftrag. Bereits im November 2003 warnte die NBA, dass sowohl die indischen Behörden als auch der Staudammbetreiber NHPC (National Hydro Power Corporation) nicht bereit seien, die rund 50.000 Menschen, die im Überflutungsgebiet des Dammes leben, umzusiedeln. Dies veranlasste potenzielle Finanzierer wie Weltbank und Deutsche Bank, sich von dem Projekt zurückzuziehen - Voith Siemens hielt jedoch daran fest. Im

Frühjahr 2007 wurde der Omkareshwar Damm vollendet und laut Plan sollten im April 2007 die Wehröffnungen geschlossen und der Stausee gefüllt werden.

Ende März 2007 wandten sich jedoch die betroffenen DorfbewohnerInnen an das oberste Landesgericht Madhya Pradesh und erwirkten eine einstweilige Verfügung gegen die Flutung des Stausees. Denn entgegen dem Landesgesetz hatte noch keine einzige Familie aus dem Omkareshwar-Gebiet die zugesagte Land-für-Land Entschädigung erhalten. Das Landesgericht verbot bis auf weiteres die Flutung und setzte im Juli einen Termin für die Gerichtsverhandlung fest.

In der Zwischenzeit bewirkte der Betreiber NHPC jedoch eine Aufhebung der einstweiligen Verfügung durch den indischen Supreme Court und erhielt somit grünes Licht, um die erste Teilflutung des Stausees vorzunehmen. Die Entscheidung, ob der Stausee vollständig gefüllt werden darf, wurde jedoch vom Supreme Court an das Landesgericht von Madhya Pradesh zurücküberwiesen. Daraufhin versammelten sich 12.000 Menschen in der Provinzhauptstadt Khandwa, um bei den Behörden gegen die Flutung zu protestieren. Anfang Juni



Foto: Ecodéfense

**Russland: TeilnehmerInnen des Anti-Atomcamps besetzen den Rohbau eines Verwaltungsgebäudes, um gegen Pläne für ein Urananreicherungs-zentrum in Angarsk zu protestieren**

begannen zwei Aktivisten der NBA einen unbefristeten Hungerstreik.

**Eher ertrinken wir...**

Mitte Juni wurden trotzdem die Wehröffnungen des Dammes geschlossen. NHPC hatte angegeben, dass nur fünf angeblich bereits evakuierte Dörfer durch die Teilflutung betroffen seien. Tatsächlich

jedoch weigerten sich BewohnerInnen des Dorfes Ganjari, ihr Dorf zu verlassen, und eine Gruppe von Frauen stand neun Tage lang in den ansteigenden Fluten, um auf das Umsiedlungsfiasko aufmerksam zu machen. Um die Landesregierung zum Handeln zu zwingen, zogen 12.000 DemonstrantInnen und die beiden Hungerstreikenden am 25. Juni nach Bhopal. Chittarooma Palit von der

**Indien: Proteste und Sitzblockaden gegen den Omkareshwar Staudamm am Narmada Fluss 2007**



Foto: NBA

NBA begründet ihre Aktion: „Weder die Landesregierung noch NHPC halten sich an Gesetze. Die 50.000 EinwohnerInnen der Region werden für den Profit von NHPC und Voith Siemens einfach aus ihren Dörfern geflutet. Vorher waren diese Menschen selbstständige Bauern, nun werden sie dem Verhungern preisgegeben. Wir hoffen, dass das Landesgericht NHPC zwingt, die Wehre wieder zu öffnen, denn diese Überflutung ist illegal und unmenschlich.“ Die Narmada Bachao Andolan ist mit ihrer Strategie, sowohl traditionelle Widerstandsformen aus dem Unabhängigkeitskampf als auch rechtliche Schritte anzuwenden, eine der bedeutendsten zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen des modernen Indiens.

### Russland: atomfreie Republik Baikal

Immerhin hat Indien eine lange Tradition des Widerstandes und der Proteste. Russische UmweltschützerInnen, oder AtomkraftgegnerInnen hingegen operieren in einem Land, dessen demokratische Freiheiten überaus bescheiden sind. Da wünschen sie sich manchmal wohl einen anderen Staat und haben im Sommer 2007 gleich eine ganz neue Republik ausgerufen: die atomfreie Republik Baikal (Baikal Nuclear-Free Republic, BNFR). In der Nähe der sibirischen Stadt Irkutsk besetzten TeilnehmerInnen eines Anti-Atomcamps kurzfristig den Rohbau eines Verwaltungsgebäudes, um sich gegen Pläne für ein internationales Urananreicherungs-zentrum in Angarsk, nahe Irkutsk, zu wehren. Diese hat Russland im Rahmen der Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm auf den Tisch gebracht. Ebenfalls ging es um radioaktive Abfälle, die in der Region wenig gesichert gelagert werden. Das Gründungsmanifest der Republik besagt: „Die atomfreie Republik Baikal schließt Atomabfallimporte, den Bau von Atomkraftwerken und Gewalt durch die Regierung aus. JedeR, der/die diesen Prinzipien zustimmt, kann BürgerIn der Republik werden, die vorherige Staatsbürgerschaft spielt keine Rolle. Leider hat BNFR gemeinsame Grenzen mit Russland, das radioaktiven Abfall importiert. Als BürgerInnen der atomfreien Republik Baikal erklären wir, dass diese Praxis dumm, gefährlich und unverantwortlich ist.“ Die Republikgründung war übrigens klar von bekannten Vorbildern beeinflusst, denn das Manifest geht weiter: „BNFR erklärt seine Solidarität mit der freien Republik Wendland und wird in naher Zukunft daran arbeiten, einen visumsfreien Austausch zwischen den BürgerInnen beider Republiken zu ermöglichen, um die Anstrengungen für eine atomfreie Welt zu koordinieren.“

Separatistische Bewegungen sieht jedoch Russland nicht gerne: Nach nur dreieinhalb Stunden verhaftete die Polizei alle BürgerInnen der neuen Republik und hielt sie 20 Stunden fest. BNFR-Offizielle erklärten jedoch, dass die Regierung der Republik auch im Exil weiterarbeiten und weiter die Gefahren der Atomkraft bekämpfen werde.

*Regine Richtern ist Biologin und arbeitet für die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation [urgewald in Berlin](http://urgewald.de), [regine@urgewald.de](mailto:regine@urgewald.de)*



Foto: Greenpeace